

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

56 (5.12.1947)

Deutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erziehungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 2.50, monatlicher Bezugspreis RM 2.25 (inkl. RM 0.20 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.80 zuzüglich Zustellgebühr).

Anzeigenpr.: Die 15 mm br. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforten Ausgabe und Württembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanzeige RM 2.—; Anst. Anzeigen 80% Nachsl.

1. Jahrgang / Nummer 56

Freitag, den 5. Dezember 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Ueberraschender sowjetischer Vorschlag

Neue diplomatische Taktik Molotows — Die vier Außenminister beim englischen König — Österreichproblem noch ungelöst

London, 4. Dez. (AP). Ein unerwarteter sowjetischer Vorschlag, daß jede der vier Großmächte einen Entwurf für den deutschen Friedensvertrag innerhalb von zwei Monaten vorbereiten soll, hat den Außenministerrat in seiner Mittwochssitzung in Ueberraschung und Verwirrung gestürzt. Offensichtlich ist dieser Vorschlag der erste Ausdruck einer neuen diplomatischen Taktik der Sowjetunion. Die Außenminister waren über die Verfahrensfragen von einer Meinungsverschiedenheit in die andere geraten — sie haben die Frage letzten Endes den Stellvertretern überwiesen —, als Molotow das Wort zu einer längeren Rede nahm. Er betonte erneut die Notwendigkeit eines deutschen Friedensvertrages und machte dann seinen überraschenden Vorschlag auf Abfassung von vier Friedensvertragsentwürfen durch die Regierungen der Großmächte.

Bidault, der den Vorschlag führte, war von dem Vorschlag Molotows völlig verblüfft und fragte: „Wenn unsere Regierungen nach der Anregung Herrn Molotows aufzufordern werden sollen, ihren Standpunkt innerhalb von zwei Monaten darzulegen, so bedeutet dies ein baldiges Ende der Konferenz, da ja gerade der Zweck unseres Hierseins in der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages besteht. Sollten wir dem Kurs Herrn Molotows folgen, wird unsere Anwesenheit in London überflüssig.“ Dagegen äußerten sich Marshall und Bevin zu dem unerwarteten Vorschlag Molotows mit keinem Wort. Molotow erklärte auf den Einwurf Bidaults: „Die Sowjetregierung teilt nicht die Ansichten des Vorsitzenden über unsere Geschäftsordnung, da aber die anderen beiden Minister den sowjetischen Vorschlag nicht unterstützen, möchte ich nicht darauf bestehen, daß über ihn verhandelt wird.“

tiger Uniform mit roten Aufschlägen und zahlreichen Orden erschien. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Wyschinski war von Gattin und Tochter begleitet. — Der amerikanische Außenminister Marshall traf zusammen mit dem amerikanischen Botschafter in London, Lewis Douglas, und 16 andern Mitgliedern der amerikanischen Delegation im Buckingham-Palast ein. Der französische Außenminister Bidault kam mit seiner Gattin und dem französischen Botschafter in London, Rene Massigli.

Keine Einigung über Österreich
London, 4. Dez. (Dena-Reuters). Die Außenminister der 4 Großmächte konnten auf ihrer Sitzung am Donnerstag keine

Einigung über Österreich erzielen, nachdem Außenminister Molotow es ablehnte, eine Erklärung über die sowjetischen Ansprüche auf die ehemaligen deutschen Vermögenswerte in Österreich abzugeben. — Außenminister Marshall schlug vor, die österreichische Frage für den Augenblick fallen zu lassen und zum nächsten Punkt der Tagesordnung — wirtschaftliche Grundsätze für die Zukunft Deutschlands — überzugehen. Dieser Punkt wird auf der Freitagsitzung der Außenminister behandelt werden. Molotow beschuldigte die drei Westmächte „sie versuchen in die Unabhängigkeit Österreichs einzugreifen und Österreich zu versklaven.“

Während des ganzen Sitzungsverlaufs versuchte Molotow eine im einzelnen gehende Debatte über die deutschen Vermögenswerte in Österreich und über den französischen Kompromißvorschlag, der gerade von den Sonderbeauftragten behandelt worden ist, zu verhindern. Außenminister Bevin lehnte eine allgemeine Diskussion ab, weil sie nach seiner Ansicht mit der gegenwärtig behandelten Frage des österreichischen Staatsvertrages nichts zu tun habe. Er forderte konkrete Vorschläge, um Österreich zu helfen, wieder auf eigene Füße zu kommen und schlug vor, die Konferenz solle den französischen Kompromißvorschlag erörtern. Molotow erklärte, die Definition der deutschen Vermögenswerte sei eindeutig im Potsdamer Abkommen abgeklärt und er sei infolgedessen nur bereit, diese Angelegenheit in allgemeiner Form zu erörtern. Als Bevin vorschlug, der französische Plan sollte als Diskussionsgrundlage dienen, erwiderte Molotow sofort: „Ich habe meine Ansichten bereits geäußert und habe nichts hinzuzufügen.“

Das Antistreikgesetz angenommen

80 000 Reservisten einberufen — Meinungsumschwung in Frankreich — Thorez sagt Kampf an

Paris, 4. Dez. (AP). Am Donnerstagmorgen um 11 Uhr deutscher Zeit verabschiedete die Nationalversammlung nach mehr als fünfjähriger erbitterter Debatte das Antistreikgesetz der Regierung Schuman. Nach inoffizieller Zählung war das Abstimmungsergebnis 413 zu 183 Stimmen. Nur die Kommunisten nahmen gegen das Gesetz Stellung.

Das Gesetz bleibt bis zum 23. Februar 1948 in Kraft. Eine Bestimmung, wonach die „direkte Provokation“ von Sabotage oder wilden Streiks durch „Reden, Zurufe, Drohungen, Flugblätter, Anschläge oder sonstige Druckmittel“ in gleicher Weise strafbar sein sollte, wurde am späten Mittwochnachmittag fallen gelassen. Gegen diese Bestimmung wurde geltend gemacht, daß sie eine Verletzung der Pressefreiheit darstelle.

Das Antistreikgesetz tritt in einem Augenblick in Kraft, wo rund zwei Millionen der insgesamt sieben Millionen Arbeiter Frankreichs, die gewerkschaftlich organisiert sind, noch im Streik verharren.

Die nunmehr drei Wochen alte Streikwelle ist zwar in den allerletzten Tagen etwas abgeebbt, aber dafür machten sich letzters immer mehr Fälle von Sabotage bemerkbar.

Das Streikkomitee des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes CGT, wiederholt am Mittwochnachmittag seine Forderung auf Bewilligung eines monatlichen Mindestlohnes von 10 800 Francs (etwa gleich 32 Dollar).

Paris, 4. Dez. (Dena). In ganz Frankreich kam es am Donnerstag zu neuen Sabotageakten und Ausschreitungen.

Die Streikenden versuchten Eisenbahnlinien und Bergwerke zu besetzen. In Marseille kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Streikende hatten dort in einigen Straßen Barrikaden eingerichtet, um die Durchfahrt von Lastwagen mit Lebensmitteln zu verhindern.

In Paris beschlugen unbekannte Personen den Fenster in den Büros der kommunistischen Partei.

Der Zugverkehr war im allgemeinen am Donnerstag bereits regelmäßiger. Die Züge verliefen jedoch die Pariser Bahnhöfe fast leer, nachdem am Mittwoch ein durch Sabotage verursachtes Eisenbahnunglück etwa 20 Todesopfer forderte. Zu mehreren Unterbrechungen im Eisenbahnverkehr kam es auch am Donnerstag. Der Schnellzug Paris-Genf wurde von Streikenden auf dem Bahnhof von Amberg in Mittelfrankreich drei Stunden lang aufgehalten. Nördlich von Paris hielten Streikende einen Güterzug an.

In einigen Gebieten Frankreichs stimmten die Angehörigen der Versorgungsbedriebe am Donnerstag für eine Wiederaufnahme der Arbeit.

Alle Angehörigen der Polizei- und

Sicherheitsorgane, die an der gegenwärtigen Aktion der Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung teilnahmen, erließen von jetzt ab, wie das Innenministerium bekanntgab, eine tägliche Sondervergütung von 100 Francs.

Arbeiter zum Kampf entschlossen

Paris, 4. Dez. (Dena-Reuters). Der Generalsekretär der französischen Kommunistischen Partei, Maurice Thorez, erklärte vor Bergarbeitern, die Arbeiterklasse und das französische Volk hätten sich zum Kampf entschlossen und würden den Sieg der Freiheit und des Friedens, Frankreichs und der Republik sicherstellen. Die französische Regierung habe sich aus Haß gegen die Arbeiterklasse und auf Befehl des amerikanischen Kapitalismus zu einer Politik des Streikbrechens entschlossen.

Unruhen in Palästina

Kleinrieg zwischen Arabern und Juden — Irak und Indien für Araber

Jerusalem, 4. Dez. (Dena). Im palästinensischen „Niemandland“ — dem Gebiet zwischen Jaffa und Tel Aviv, kam es zu einem heftigen Feuergefecht zwischen Arabern und Juden, wobei 11 Personen getötet und 97 verwundet wurden.

Erst durch das Eingreifen britischer Truppen fand der Kampf sein Ende. Im Gebiet von Tel Aviv selbst wurden bei Unruhen 3 Juden und 1 Araber getötet, sowie 15 Juden und 1 Araber verletzt. Damit hat sich die Zahl der Toten bei jüdisch-arabischen Zusammenstößen in den letzten zwei Tagen auf 22 erhöht. — Der bei den antijüdischen Demonstrationen in Jerusalem angerichtete Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. — Die Hagana mobilisierte 10 000 jüdische Männer und Frauen, die als Freiwillige die britische Polizei für den Fall unterstützen sollten, daß neue arabische Übergriffe stattfinden. Laut BBC brannten in der Nacht zum Mittwoch in Jerusalem noch die Läden, die am Dienstag von Arabern angezündet worden waren.

stutzt werden. Mit dieser Unterstützung von allen Arabern und Moslems und im Geiste eines erwachenden Nationalismus werden unsere Armeen den heiligen Krieg bis zum Ende durchzuführen.

Lahore. (Dena-INS.) Pakistan wird bei der Teilung Palästinas kein stiller Zuschauer sein, wie Premierminister Jinnah erklärte. Er erklärte, die Araber würden kämpfen, um das heilige Land zu verteidigen, erklärte der Minister für Ghazalung des Dominion Pakistans, Ghazanfar Ali Khan vor Moslemsarbeitern.

Araber greifen USA-Botschaft an

Jerusalem, 4. Dez. (Dena). Arabische Demonstranten griffen die amerikanische Botschaft in Bagdad, der Hauptstadt des Irak, an. Nach bisher vorliegenden Berichten verschafften sie sich Eingang in das der Botschaft angeschlossene Informationsamt, wo sie Akten und Dokumente verbrannten und die Telefonleitungen durchschnitten, ohne jedoch Angehörige des amerikanischen Botschaftspersonals zu verletzen.

Um die Ölleitung durch Syrien

Jerusalem (Dena-Reuters). Der zwischen der syrischen Regierung und der transjordanischen Ölleitungsgesellschaft abgeschlossene Vertrag über eine rund 130 Kilometer lange Ölleitung durch syrisches Gebiet wird, wie der syrische Ministerpräsident Jamil Mardam Bey erklärte, dem Parlament „vorkühd“ nicht zur Ratifizierung vorgelegt werden. Die Ölleitung, deren Kosten auf 25 Millionen Pfund Sterling geschätzt werden, würde nach ihrer Fertigstellung die größte, aber nicht die längste Ölleitung der Welt darstellen.

Irak ruft zum Kampf auf

Bagdad, 4. Dez. (Dena-Reuters). Die arabischen Streitkräfte werden marschieren, um in Palästina einen arabischen Staat zu errichten, erklärte der irakische Ministerpräsident Salih Jabur. Weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten werden sie aufhalten können. Die Araber in der ganzen Welt seien entschlossen, die Errichtung eines jüdischen Staates zu verhindern. Tawfiq Sawid, ein namhafter irakischer Politiker, erklärte einem Reuters-Korrespondenten, die arabischen Politiker seien sich darüber klar, daß sie für Palästina kämpfen müssen, weil das wohlbewaffnete arabische Streitkräfte in Bereitschaft stehen, sobald das Signal gegeben wird, beginnt der Einmarsch in Palästina und die Besetzung des heiligen Landes wird in wenigen Stunden vollendet sein. Es ist kein Geheimnis, daß unsere Streitkräfte vom Reichtum der arabischen Länder unter-

Weihnachtzuteilung für Kinder

Frankfurt, 4. Dez. (Dena). Einzelheiten über die im Rahmen des Weihnachtsprogramms für Kinder und Jugendliche vorgesehenen Sonderzuteilungen wurden vom Zweimächtekontrollamt veröffentlicht. Rund 12,5 Millionen Jugendliche der Bizone sowie des amerikanischen und britischen Sektors von Berlin von einem bis zu zwanzig Jahren sollen eine Sonderzuteilung von je 250 Gramm Süßigkeiten erhalten, zu deren Herstellung 230 Tonnen Zucker zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem ist vorgesehen, daß Kinder zwischen einem bis zehn Jahren auf Brotmarken Honigkuchen erhalten können. Ferner sollen an 600 000 7 Millionen Schulkinder zwischen sechs und achtzehn Jahren besondere Geschenkpackungen ausgegeben werden, die Süßigkeiten, Kekse, Schokolade, Kakao, Milchpulver, Zucker und Fleischbrümmasse enthalten. Die Mittel für diese letztere Zuteilung werden, wie bereits gemeldet, aus den für die Schutzleistung bestimmten Lebensmitteln gestellt.

Erleichterungen bei Entnazifizierung

Stuttgart, 3. Dez. (Eig. Ber.). Über 42 000 Personen, die ein Spruchkammerverfahren als Belastete, Gruppe II, zu erwarten hatten, werden nach den vom Landerrat ausgearbeiteten Richtlinien unmittelbar einem Elverfahren zugeführt werden. Nach diesen zusätzlichen Bestimmungen zum Gesetz 104 kann der Öffentliche Kläger Fälle der Stufe II beim Nichtvorhandensein schwerer Beweise in die Gruppe der Mittäter verwandeln. Zur beschleunigten Durchführung dieser Verfahren werde in Kornwestheim eine Zentralprüfkammer errichtet. Dadurch sollen die Heimatsprüfkammern zur Aburteilung der Hauptschuldigen freigegeben werden. Voraussichtlich wird die Arbeit der Zentralprüfkammer in Kornwestheim im Frühjahr beendet sein. — 12

Österreichische Währungsreform

Wien, 4. Dez. (Dena). Der alliierte Kontrollrat für Österreich, der unter Vorsitz des sowjetischen Vertreters im alliierten Kontrollrat, General Alexei Chelostov, in einer außerordentlichen Sitzung zusammentrat, genehmigte einstimmig das vom österreichischen Parlament bereits angenommenen Währungsschutz-Gesetz. Die Währungsreform kann deshalb sofort in Kraft treten.

Unesco zur Deutschlandfrage

Mexiko City, 4. Dezember. (Dena). Die Unesco-Vollversammlung nahm einen von französischer Seite eingeleiteten Kompromißvorschlag zu den gegenseitigen Ansichten Großbritanniens und Polens über die Beziehungen der Unesco zu Deutschland mit 21 gegen eine Stimme — die der Tschechoslowakei — an. Auf Grund dieses Vorschlages soll mit den zuständigen alliierten Besatzungsbehörden in Deutschland Verbindung aufgenommen werden, um eine eventuelle Tätigkeit in Deutschland zu erwägen.

Sturm über Portugal

Lissabon, 4. Dez. (AP). Der bisher heftigste Sturm, der an der Küste von Oporto tobte, hat mindestens 100 Opfer unter portugiesischen Fischern und Bootleuten gefordert. Das Montagmorgen ausgebrochene Unwetter, das unzählige Fischerboote auf offener See überdeckte, dauerte auch am Dienstag nach an. Zahlreiche Leichen wurden bereits an Land gespült. Die Hafenbehörden haben Rettungsboote ausgesandt.

Lake Success (AP). Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, beabsichtigt, nach Palästina zu reisen.

Das Urteil im Juristen-Prozeß

Nürnberg, 4. Dez. (Dena). Im Prozeß gegen die 14 ehemaligen Nazifunktionäre und Staatssekretäre, verurteilte das amerikanische Militärgericht III unter dem Vorsitz seines Präsidenten James T. Brand die Angeklagten Franz Schlegelberger, ehemaliger Staatssekretär im Reichsjustizministerium und stellvertretender Reichsjustizminister, Herbert Klemm, ehemaliger Staatssekretär im Reichsjustizministerium und Ministerialdirektor sowie Leiter der Abteilung II im gleichen Ministerium, Oswald Rothaug, ehemaliger Reichsanwalt beim Volksgerichtshof und Präsident des Sondergerichts in Nürnberg und Rudolf Oschey, ehemaliger Landesgerichtsrat beim Sondergericht in Nürnberg und kommissarischer Leiter des NS-Rechtswahrerbundes zu lebenslänglichem Gefängnis. Ernst Lautz, ehemaliger Oberreichsanwalt des Volksgerichtshofes, Wolfgang Metzgerberg, ehemaliger Ministerialdirektor der Abteilung IV des Justizministeriums, Wilhelm von Ammon, ehemaliger Ministerialrat in der Abteilung IV des Reichsjustizministeriums und Schlichter für Verfahren gegen Ausländer und Günter Joel, ehemaliger Referent im Reichsjustizministerium für Strafverfolgungsverfahren und Generalstaatsanwalt von Westfalen erhielten zehn Jahre Gefängnis, wobei ihnen die Untersuchungshaft angerechnet wird. Kurt Rothemberger, ehemaliger Staatssekretär im Reichsjustizministerium und

stellvertretender Präsident der Akademie des Deutschen Rechts wurde zu 7 Jahren, Josef Altshöffer, ehemaliger Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung IV des Reichsjustizministeriums wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Auch hier wird die Untersuchungshaft angerechnet. Die Angeklagten Paul Barnickel, ehemaliger Rechtsanwalt beim Volksgerichtshof, Hans Petersen, ehemaliger Leiter des Senats des Volksgerichtshofes, Günther Nebelung, ehemaliger Präsident des Senats des Volksgerichtshofes, und Hermann Cuhorst, ehemaliger Senatspräsident beim Sondergericht Stuttgart und Präsident des Strafsenats beim dortigen Landgericht wurden freigesprochen. — In seiner Urteilsbegründung stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß alle Verurteilten für die Beugung des Rechts durch die Nazis verantwortlich zu machen sind. Die Verurteilung der Angeklagten, die hätten nur nach bestehenden Gesetzen gehandelt, wurde nicht anerkannt, da die Angeklagten als Fachjuristen gerade an der Schaffung dieser Gesetze beteiligt waren beziehungsweise ihre Hilfe dazu nicht versagt hatten.

Nürnberg, 4. Dez. (Dena). Der amerikanische Hauptankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, General Telford Taylor, erklärte im Anschluß an die Verkündung des Strafmaßes im Juristenprozeß, daß er die Urteile ersttandlich mitfühle.

Welt-Rundschau

NEW YORK. (Dena-Reuters). Die Regierung der Vereinigten Staaten informierte den Welt-Sicherheitsrat, daß ein das Eisbrecher Anolla der Gruppe „Marshall Inseln“ ab ersten Dezember aus Sicherheitsgründen gesperrt habe. Der Sicherheitsrat wurde davon unterrichtet, daß die Vereinigten Staaten auf dem Atlantik, das von den Vereinten Nationen ihrer Treuhänderschaft unterstellt worden war, Versuche zur Atomversuchung durchführten.

WASHINGTON. (Dena-Reuters). Der Vorsitzende des amerikanischen Kongress-Ausschusses für Atomfragen, gab am Mittwoch bekannt, die bewaffneten Streitkräfte seien noch immer verantwortlich für die Wahrung der Atomabhangenheit, und deutete an, daß eine Anzahl Atombomben der Armees und der Marine übergeben wurden.

MEXIKO. (Dena). Die polnische Delegation bei der Vollversammlung der UNESKO verzögerte am Dienstag den Fall, als sich die Versammlung zum zweiten Mal mit einer Resolution über die kulturellen Beziehungen zu Deutschland befaßte, die ursprünglich schon angenommen worden war. Dieser Resolution sollte die UNESKO die Initiative für die Entnazifizierung und Demokratisierung des deutschen Volkes übernehmen.

SANTIAGO (Chile). (Dena). Nach Reuters teilt in Chile am Donnerstag alle Eisenbahnen in der Streik. Einheiten der chilenischen Armee wurden zur Besetzung der Eisenbahnen und zur Aufrechterhaltung des Verkehrs eingesetzt.

LONDON. (Dena-Reuters). Der britische Kriegsschiffier Emanuel Schlewel gab bekannt, daß Ausrichtungsanlagen der britischen Truppen im mittleren Osten und im indischen Raum nach Ostafrika verlegt werden, wo die Errichtung eines großen Militärdepots geplant sei. Das Depot wird etwa 100 km nordwestlich von Mombasa in Kenya an der Küste.

PARIS. (Dena). In einem Stahlwerk in Mont-Saint-Martin, in der Nähe von Nancy, haben am Donnerstag Hunderte Streikende Barrikaden errichtet und sich mit Gasmasken gegen Tränengas ausgesetzt, um den einseitig-

leisen Truppenverschiebungen standhalten. Die Streikenden wollen 1500 Arbeiter, die wegen des Streiks gestrichelt haben, von der Wiederaufnahme der Arbeit abhalten.

PRAG. (Dena). Der tschechoslowakische Minister für den Außenhandel, Antonin Zizka, hat aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Zizka gehörte der kommunistischen Partei an. Sein Ministerium wurde vor kurzem wegen Unversämlichkeiten in der Verwaltung von Tuzilka kritisiert.

WARSAU. (Dena). Zwischen Polen und Jugoslawien ist ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit abgeschlossen worden, das den Austausch von Unterrichtsplänen — Programmen Schulbüchern, Lehrmitteln und pädagogischen Schilfen vorsieht. Ferner sollen in beiden Ländern gegenseitige Kunstausstellungen veranstaltet und Austauschbesuche von Künstlern sowie ein Filmaustausch in die Wege geleitet werden.

ROM. (Dena). Die in Stilleen ausgetretenen Generalstreiks haben sich noch weiter ausgebreitet. In Rom besetzten kommunistische Komunisten die Polizeistationen und beschlagnahmten sich in Ravenna des Bahnhofs.

BUKAREST. (Dena-Reuters). Eine Abordnung der jugoslawischen Regierung unter Leitung Marshall Tito wird sich, wie das rumänische Nachrichtenbüro am Mittwoch meldete, voraussichtlich in Kürze zu einem Staatsbesuch nach der rumänischen Hauptstadt begeben.

JERUSALEM. (Dena). Einem kleineren Schuß mit 170 Ungarn jüdischen Palästina-Einwanderern gelang es, im Schutze der Dunkelheit zu der palästinensischen Küste zu landen und die Passagiere auszubooten, die sich gleich darauf auf verschiedene jüdische Stützungen in der Umgebung von Tel-Aviv verteilten haben, wie die Hagana am Donnerstag mitteilte.

TOKIO. (Dena). Zwei Anläufe des irischen japanischen Botschafters in Berlin, Hirotsugu Ochiai, wurden in einem Kriegsverbrecherprozeß gegen ihn von der Anklageverteilung als Beweismaterial vorgelegt. Sie will damit seine Bekämpfung widerlegen, daß er im Jahre 1943 nicht auf dem Abschluß eines Abkommens mit Deutschland hingeschrieben habe.

Die Parteien sprechen zur Wahl

Die Beiträge der vier Parteien zu den Gemeinde- und Kreiswahlen erscheinen außerhalb der Verantwortung der Redaktion.

SPD: Eine politische Willenskundgebung

In einer Zeit größter politischer Hochspannung finden die diesjährigen Gemeindevahlen in der US-Zone statt. Für viele Wähler ist der Zusammenhang zwischen diesen Wahlen und den großen Entscheidungen, die in London bevorstehen, nicht in vollem Ausmaße erkennbar. Sie sehen diese Wahlen mehr als eine örtliche Angelegenheit an und doch bedeutet die Wahlhandlung am 7. Dezember mehr als eine Abstimmung über den oder jenen Kandidaten. Sie wird von der Öffentlichkeit als eine politische Willenskundgebung bewertet, und dessen müssen sich die Wähler am 7. Dezember bewußt sein. Wir haben gesehen, wie stark der Ausfall der Gemeindevahlen in Frankreich und England als Stimmungsbarenometer für den gesamten Welt gewertet wurde. Deshalb müssen wir in Württemberg-Baden uns darüber klar sein, daß auch diese Wahlentscheidung in der US-Zone bei der Neuwahl zu den Gemeindevertretungen eine Bedeutung über den eigentlichen Raum Württemberg-Baden hinaus hat. Alle Aufgaben, die in den Gemeinden in den nächsten Jahren zu lösen sind, hängen in ihrer materiellen und grundsätzlichen Bedeutung aufs engste mit den Entscheidungen zusammen, die die Sieger über unser zukünftiges Schicksal fällen.

Der Aufbau unserer zerstörten Dörfer und Städte kann nur durchgeführt werden, wenn die ganzen Fragen unserer Wirtschaftspolitik eindeutig in der Weise gelöst werden, daß unsere gesamte Arbeitskraft nur an der Stelle eingesetzt wird, wo sie den größten Nutzeffekt für die Allgemeinheit zeitigt.

Die Frage der Versorgung und Eingliederung der Flüchtlinge, die Unterbringung der Ausgebombten, die großen sozialen Aufgaben der Erhaltung der vielen Existenzen, die als Opfer der wahninnigen Kriegspolitik zu bezeichnen sind, die Witwen und Waisen, die Kriegsbeschädigten, alles das sind Fragen, die letzten Endes die Gemeinden als die ersten davon betroffenen Körperschaften belasten und weitgehend von ihnen in Zukunft gelöst werden müssen.

Große Aufgaben stehen uns in den Gemeinden bevor auf dem Gebiet der Ernährung und der gesamten landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung. Hier stehen wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß durch eine weitgehende Förderung der Landwirtschaft, der Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, dem Ausbau des ländlichen Berufs- und Fachschulwesens, der Schaffung von Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten für Bauern und Landarbeiter, Schaffung von Siedlungen für Landarbeiter und Flüchtlinge, Bodenvorratwirtschaft der Gemeinden, Bereitstellung von Land zur Förderung des Kleingartenwesens, Förderung des Obstbaus, Förderung der Kleintierzucht, Förderung der Werkstätten und Schaffung von gemeinnützigen Speisestätten für alle Schaffenden, Förderung von Maßnahmen zur Sicherstellung und Erhaltung von Lebensmittelvorräten durch Trocknungsanlagen für Gemüse und Kartoffeln, Lagerhäuser usw.) Schuldenreduzierung, versucht werden muß, ein Höchstmaß von Leistung zu erzielen.

Auf dem Gebiet des Wohnungsbaus ist es notwendig, durch planmäßige Wiederaufstellung der beschädigten Wohnungen, durch Reparaturarbeiten für Wohnungsausgleichsgemeinschaften, der Grundstückeninhaber, der Mieter und der Hypothekengläubiger, sowie der Herstellung der Wohnungen unter Ausschaltung unberechtigter wirtschaftlicher Vorteile für die Kreditgeber, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, gerechte Verteilung des Wohnraums mit Bevorzugung der schaffenden Menschen (Flüchtlinge, Ausgebombte) Bodenvorratwirtschaft der Gemeinden zur Bereitstellung für Baugelände für den Wohnungsbau, dazu beitragen, die ungeheuren Aufgaben auf diesem Gebiet zu bewältigen. In der Gesundheitsfürsorge und Wohlfahrtspflege stehen uns Aufgaben bevor, die nur durch den Einsatz aller Kräfte gemeistert werden können. Schulwesen und Fortbildung, Jugendpflege sind Gebiete, die in der Gemeindepolitik in den nächsten Jahren die größte Aufmerksamkeit erfordern.

Schon die Aufzählung dieser einzelnen Arbeitsgebiete zeigt, daß es sich hier selbst für die kleinsten Gemeinden um Aufgaben handelt, die nur von Menschen gelöst werden können, die über ihre Hausgenossen hinaus sehen können und gewillt sind, von größeren politischen Gesichtspunkten aus diese Fragen in Angriff zu nehmen. Der Gegenwart uns in eine Gleichgültigkeit hineinzurufen zu lassen, die eine Art Vorzeichen aller Zukunftsmöglichkeiten in sich birgt, denn dadurch würden wir uns jede Chance für eine Wiedererholung vollständig untergraben. Trotz aller unersättlichen Ersehnungen unseres Wirtschaftslebens können wir doch mit Befriedigung feststellen, daß der größere Teil des Volkes die moralische Kraft aufbringt, durch Arbeit und damit durch Schaffung von Werten die Grundlage für unser Dasein als Volk zu erhalten.

Wir Sozialdemokraten sind uns bewußt, daß der Weg, den wir in Zukunft gehen müssen, kein leichter sein wird. Wir hüten uns daher auch, durch Versprechungen oder verdrehte Darstellungen der Lage in den Köpfen der Wähler Illusionen zu erwecken, die früher oder später zerfallen müssen. Es machen sich heute schon wieder Stimmen bemerkbar, die versprechen, unser heutiges Elend denen

zur Last zu legen, die verdammt sind, dieses traurige Erbe eines großwahninnigen Systems übernehmen zu müssen. Wenn jetzt in den Versammlungen zu den Gemeindevahlen in Stadt und Land zu den Fragen der Gemeindepolitik Stellung genommen wird, dann werden wir als Sozialdemokratische Partei ganz besonders darauf hinweisen, daß eine Gemeindepolitik nur möglich ist im Rahmen der Gegebenheiten, die durch die Entscheidungen auf der Ebene der großen Politik geschaffen werden. Eines ist sicher, wir können in Zukunft nur das verbrauchen, was wir entweder selbst schaffen oder was uns geschenkt wird. Geschenk wird uns aber auf die Dauer nichts werden, und wir wollen auch nicht als Schmarotzer leben, sondern wir wollen alles tun, um möglichst bald die Menge der von uns geschaffenen Werte zu vergrößern, um den Zuschußbedarf immer mehr herabzumindern. Wir müssen einen Zustand erstreben, in dem wir das, was wir als Zuschuß nicht entbehren können, durch Gegenleistungen bezahlen. Das ist das Ziel und der Sinn sozialdemokratischer Politik.

20% aller Menschen in Deutschland haben alles oder nahezu alles verloren. Ob Flüchtlinge, Evakuierte, Kriegsbeschädigte, Kriegsgefangene oder Hinterbliebene, sie alle erwarten Hilfe. Glaube doch niemand, daß eine solche Hilfe möglich ist, ohne die Inanspruchnahme der noch erhaltenen Werte. Diesen ge-

rechten Lastenausgleich wirklich sozial zu gestalten, erfordert eine klare politische Linie, wie sie die SPD in ihrer ganzen Zielsetzung aufweist. Wir lehnen grundsätzlich jede politische Haltung ab, die mit der Entwicklung zu einer wirtschaftlichen oder politischen Katastrophe rechnet, weil wir wissen, daß eine solche nicht eine Erleichterung oder gar Befreiung für das deutsche Volk bedeuten würde, sondern eine endgültige Vernichtung aller unserer Lebensmöglichkeiten. Deshalb wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen alle Auffassungen, mögen sie von dieser oder jener Seite kommen, die die Katastrophe als Tatsache in ihre politische Spekulation setzen, um daraus bestimmte Schlüsselforderungen für die politische Haltung in der Gegenwart zu ziehen.

Wir wehren uns gegen jede Katastrophenstimmung. Wir appellieren an alle denkenden Menschen, mit uns in der Zukunft Wege zu beschreiten, die zwar keine rasche, aber eine sichere Erholung von den furchtbaren Schlägen der Vergangenheit ermöglichen.

Wer mit uns in dieser Weise Politik machen will, auch in der Gemeinde, der wähle am 7. Dezember die Kandidaten der Sozialdemokratie in den Gemeinderat und Kreistag. Es sind die Männer und Frauen, deren politische Haltung in dieser Richtung festgelegt ist.

Wählt Sozialdemokraten!

KPD: Die Wähler haben zu entscheiden

Die Wahlen zu Gemeinderat und Kreistag am 7. Dezember finden unsere Bevölkerung in einer zweispaltigen Lage hin und her gerissen. Nach dem furchtbaren Geschehen des Dritten Reiches, nach dem zerstörenden Krieg mit seinen Bombennächten, kamen zweieinhalb Jahre Nachkriegszeit mit der besonderen Not der Flüchtlinge, Ausgebombten, Körperbeschädigten, Kriegsgefangenen usw.

Während dieser Nachkriegszeit hat sich unsere Wirtschaft und damit die Lebenshaltung der Bevölkerung nach einem kurzen Anlauf zur Besserung wieder stark rückwärts entwickelt. Die Wirtschaft in unserem Lande wird immer mehr zu einer „doppelten Wirtschaft“ und einer doppelten Wirtschaftsmoral. Das heißt, daß das Sozialprodukt, nämlich das, was durch fleißige Hände und Köpfe geschaffen wird, nicht in erster Linie denen zugute kommt, die die Gebrauchsgüter erzeugen, sondern denen, die etwas zu tauschen haben. Die Menschen, die arbeiten, um ihr Brot zu verdienen, um den materiellen und geistigen Neuaufbau zu fördern, fühlen sich tief enttäuscht.

In politischer Hinsicht haben diejenigen kapitalistischen Kräfte, die an der Entwicklung der letzten 10 Jahre entscheidend beteiligt waren, auch heute wieder die führenden Positionen in Wirtschaft und Verwaltung in der Hand. Schuld daran ist der Umstand, daß diese reaktionären Kreise die wirtschaftlichen Machtgrundlagen nicht entzogen wurden. — Alle Sorgen werden momentan überschattet von der langen Frage, ob die Londoner Konferenz der Außenminister in ihrer gegenwärtigen Tagung dem deutschen Volke endlich Frieden bringt, — einen Frieden auf der Grundlage der Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Wir begrüßen die Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, um auf einem Volkskongreß in Berlin am 8./7. Dezember aus allen demokratischen Kreisen, Organisationen und Parteien Deutschlands eine Delegation zu wählen, die im Namen des deutschen Volkes zu den Außenministern in London sprechen soll. Neuordnung nach demokratischen Gesichtspunkten heißt die Säuberung von Verwaltung und

Wirtschaft und der öffentlichen Kulturinstitutionen von allen nationalsozialistischen und militaristischen Einflüssen. Die Enteignung der Großgrundbesitzer mit über 100 ha Grund und Boden, ferner die Enteignung der Konzern- und Monopolbetriebe in ganz Deutschland. Das Recht auf Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften in Wirtschaft und Betrieb. Eine freie deutsche Volksabstimmung soll über die künftige einseitige Staatsform entscheiden, um die endgültige Zersplitterung unseres Vaterlandes zu verhindern. Die Lösung dieser und ähnlicher Aufgaben ist nur möglich im Zusammenwirken aller fortschrittlich demokratischen Kräfte und Organisationen ohne Rücksicht auf irgendwelche parteipolitischen Sonderinteressen. Die herrschenden Parteien haben dabei allerdings während der abgelaufenen Gemeinderatsperiode und im Landtag, wo sie die Mehrheit verkörpern, eine Politik vertreten, die alles andere eher als eine Demokratisierung unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens darstellt.

Die kommunistischen Vertreter in Gemeinderat und Kreistag stellen sich zur Aufgabe, die gemeinsamen Lebenswichtigen Interessen in sachlicher Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften zu wahren. Sie lassen sich dabei von der Verantwortung leiten, daß es erste Pflicht und vornehmste Aufgabe sein muß, zunächst für diejenigen vordringlich einzutreten, die sozial schwächer und in Not sind.

Zu den Selbstverständlichkeiten der kommunistischen Auffassung über Gemeinderats- und Kreistagspolitik gehört das Eintreten für die Selbstverwaltung. Die Staatsaufsichtsbehörde sollte sich darauf beschränken, nur in den Fällen einzugreifen, wo Gemeindeverwaltungen und Kreisverwaltungen etwa gegen staatliche Gesetze verstoßen. Im übrigen ist es Aufgabe der Staatsaufsichtsbehörde, die Gemeinden und Kreise in ihrem Bestreben, die kommunale Demokratie zur Entfaltung zu bringen, stärkstens zu unterstützen.

Ein außerordentliches Verständnis bedarf die Lösung der Not derjenigen, die innerhalb unseres Landes und der Gemeinden eine neue Heimat, Wohnung, Arbeit und das zum Leben Notwendig-

DVP: Sinn und Aufgabe

Die Wahlen am 7. Dezember sind, eine kommunale Generalmusterung — sie werden auch eine Probe darauf sein, inwieweit die Bevölkerung von Württemberg-Baden sich von dem Schock erholt hat, in den sie die 12 Jahre Hitler-Diktatur und ihre Folgen gestürzt haben.

Die kommende Zeit wird schwer sein, sehr schwer, aber wir dürfen trotz allen trüben Aspekten, trotz allen bösen Begleiterscheinungen dieser Zeit nicht apathisch oder verzweifelt abwarten, was mit uns geschieht. Wir glauben, daß es auch aus dieser Not unseres Volkes einen Ausweg gibt.

Versprechungen vor der Wahl sind billig und ungläubig, wir lehnen sie ab. Feind des Parteibuchbeamten, wende wir uns gegen das beamtete „Futterkripen-System“. Wir wollen tüchtige, charakterstarke, politisch zuverlässige Fachleute überall da tätig sehen, wo diese Eigenschaften nötig sind — in allen leitenden und verantwortlichen Stellungen. Der aufgeblähte Verwaltungsapparat mit seinem bürokratischen Leerlauf kann und wird die Währungsreform nicht überstehen. Der Steuerzahler ist nicht in der Lage, mehr Beamte zu besolden, als bei sorgfältigster Prüfung des Verwaltungsapparates unentbehrlich erscheinen. Nehmen jetzt bewährte Verwaltungsfachleute die Geschicke unserer Gemeinden und Landkreise wieder in die Hand, treten

ihnen erfahrene und verantwortungsbewußte Berater zur Seite, so wird sich der Wahlag für alle lohnen, werden wir künftig umso weniger Rückschläge erleben. Gerade weil der Staat in den kommenden Notzeiten auf die Mitarbeit der Gemeinden angewiesen ist, müssen wir sie stark und leistungsfähig machen.

Die nächsten Aufgaben der Gemeinden und Landkreise: Sorge für die Flüchtlinge und Ausgewiesenen, Wohnungsbau, Schaffung gemeinnütziger Einrichtungen, Beseitigung der Kriegsschäden, Straßenbau usw. lassen sich, zumal bei der gebotenen sparsamsten Bewirtschaftung der verfügbaren Mittel, nur lösen, wenn Gemeinden und Gemeindeverbände die Aufgaben zurückgegeben werden, die sie früher zum Wohle der Gesamtheit erfüllt haben. Die kommunale Selbstverwaltung muß wieder breitesten Spielraum erhalten. Sie ist ihrem Wesen nach demokratisch im Gegensatz zur Staatsbürokratie, die weithin sich der Kontrolle durch die Öffentlichkeit entzieht. Die Grenzen zwischen beiden müssen neu abgesteckt, der Selbstverwaltung jene Aufgaben wieder zugewiesen werden, bei deren Lösung alles ankommt auf persönliche Initiative und Schaffenstrang.

Sollen die Organe der Selbstverwaltung diese Aufgaben erfüllen, so brauchen sie auch die finanziellen Mittel zu ihrer Durchführung. Eine gesund zusammengesetzte, aus allen Kreisen der Kleinvohner gewählte Vertretung wird mit den verfügbaren Mitteln sparsamer und zweckmäßiger wirtschaften, als eine an den Dingen nicht unmittelbar interessierte Behörde. Die künftige Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen Staat und Gemeinden wird auch hier Landkreisen und Gemeinden das zurückgeben, was das autoritäre Regime ihnen genommen oder beschmitten hat. Scharf Front machen wir gegen alle Bestrebungen, die das Gegenteil wollen. Die Sozialistierungs-Funktion in Hessen haben damit begonnen, die kommunalen Versorgungsbetriebe zu Staats Eigentum zu machen! Das heißt, den Gemeinden und Gemeindeverbänden eine ihrer ureigensten Aufgaben zu nehmen, die Versorgung ihrer Einwohner mit Elektrizität, Wasser, Gas und die Regelung des örtlichen Verkehrs. Das heißt aber auch, den kommenden Körperhaften das rentierliche Gemeindevermögen abzukaufen, um es in den großen Topf der Sozialisierung verschwinden zu lassen. Die Leidtragenden wären die Einwohner der Gemeinden und Landkreise, deren Interessen in den sozialisierten Betrieben niemals die Berücksichtigung finden könnten, die sie heute erfahren, da ihre eigenen Vertreter in Kreistagen und Gemeinderäten über die Versorgungsbetriebe mitbestimmen haben. Gleiche Wachsamkeit gilt auch dem privaten Unternehmertum. Wir sind in Württemberg-Baden immer stolz gewesen auf unsere zahlreichen kleinen und mittleren Gewerbebetriebe. Die gesunde Mischung selbständiger Betriebe von Landwirtschaft und Industrie hat uns vor ernsteren Krisen bewahrt und ist für unsere Gemeinden immer ein starker Rückhalt gewesen. Diese Betriebe zu fördern, liegt wie jede Förderung privatwirtschaftlicher Initiative zum Ziele der Verneinerung der Produktion lebenswichtiger Güter im wohlverstandenen Interesse unserer Gemeinden und Landkreise.

In den Gemeinderäten und Kreistagen wird der Nachwuchs erzogen für unsere öffentliche Leben, fern von Phrasologie und übertriebener Bewertung von Ideologien. Die Kleinarbeit in den gemeinnützigen Körperschaften erfordert ernsthafte Bemühung um den sachlichen Kern der Dinge. Dabei wird der junge Mensch geführt zu gründlicher Mitarbeit und gediegener Sachkenntnis. Aus der Mitarbeit in den Gemeinden, aus dem Miteinander-Reden und Gegenüberreden lernt er, jenen Kompromiß zu finden, das zur politischen Tätigkeit in der Demokratie gehört. Aus diesen Gründen stehen auf unseren Vorschlagslisten zur Wahl junge Menschen als Kandidaten. Sie sollen und wollen lernen, das zu erfahren, was in so vieler Hinsicht heute fehlt: Bürgerertum und Dienst am Gemeinwohl.

Eines hebt die „kommunale Generalmusterung“ vom 7. Dezember weit über den Rahmen der üblichen Gemeindevahl hinaus: sie ist, gerade zu diesem Zeitpunkt, eine Entscheidung von eminent politischer Bedeutung. Gilt es auf der einen Seite, Menschen an die Führung unserer Gemeinden und Landkreise zu bringen, die vom Willen zur Freiheit erfüllt sind und entschlossen, dem Bestreben entgegenzutreten, durch eine sozialistische Zwangswirtschaft die Freiheit des Individuums in Deutschland erneut und nun unter dem Zeichen mißverständlicher Demokratie zu vernichten, so heißt es auf der anderen Seite, dem Ausland zu zeigen, daß das Volk von Württemberg-Baden erwacht ist! Das englische Volk, durch böse Erfahrungen heilhörig geworden, hat lethargisch mit überwältigender Mehrheit dem sozialistischen Kurs seiner Regierung eine unzweideutige Antwort erteilt: möge unsere Wählerschaft am 7. Dezember der Welt bezeugen, daß sie sich in der großen Auseinandersetzung unserer Tage entschieden wendet gegen jeglichen sozialistischen-kommunistischen Totalitätsanspruch und sich entschieden hat für die Freiheit gegen die Despotie, für die Demokratie! DVP - Pressestelle.

CDU: Weg aus der Tiefe!

Der Wahlkampf klingt aus. Die Parteien haben gesprochen und ihre Schlüsseldispositionen getroffen: nun haben die Wähler das Wort. Sie haben die Meinung der Parteien kennen gelernt: Entscheidung und Verantwortung liegen nunmehr bei ihnen.

Die Parteien haben Leuchttower aufgestellt, um die Nebel auf dem bewegten Meer aufzulichten und den Suchenden den Weg zu einem sicheren Hafen zu zeigen. Haben die Scheinwerfer den Weg wirklich erhellt oder hat ihr Kreuzfeuer — es war mitunter ein solches — nicht die Gedanken vieler verwirrt?

Sagen wir es genauer: In jeder der Wahlen soll, im vollen Bewußtsein der Klarheit! Tut er den Schritt in der richtigen Erkenntnis darüber, wohin der Weg seiner Wahl führen soll? Mühten sich doch alle klar darüber sein, daß wir jene politische Form finden müssen, in der sich unser Volk wieder seiner selbst bewußt wird, die Demokratie nämlich, wenn wir nicht untergehen wollen.

Es ist viel geschrieben und gesprochen worden, gründlich deutsch vielfach. Vielleicht zu gründlich, leider aber auch nicht immer sachlich. So war es eine starke rednerische Entgleisung, wenn ein SPD-Redner aus Hodelberg für die Zerschmetterung Deutschlands die CDU verantwortlich machte und erklärte: „Die CDU sei als Sammelbecken reaktionärer Kräfte schuld an unseren mitleidigen Zuständen“, und wenn Wirtschafts-

minister Dr. Veit am 27. 11. 47 in Durlach folgendes sagte: „Die alten Zentrumskräfte in der CDU, die wohl eine Vereinigung von Nord- und Südbaden erstreben, aber nur aus parteipolitischen Interessen heraus, aus der Überlegung, daß sie in einem solchen wiedervereinigten Baden auf konfessioneller Grundlage das Parteigewicht haben würden, das ihnen in einem Blockstaat Württemberg-Baden versagt blieben müßte“ — diese politische Überlegung des Herrn Veit ist völlig abwegig und stellt eine bewußte Fälschung und Irreführung der öffentlichen Meinung dar. Wenn wir in der südbadischen Frage von größerem Verantwortungsbewußtsein getragen sind, als die SPD, und die Verengung herbeizurechnen, hat dies mit konfessioneller Einstellung und Parteilegitimität nichts zu tun. Das weiß auch Herr Veit. Trotzdem diese Redewendungen.

Herr Veit, haben Sie und Ihre Partei früher nicht anders geredet? Konnte die politische Arbeit der letzten Zeit unter Berücksichtigung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mehr sein, als bloßes Improvisieren, Improvisieren auf Ruinen? Ist unser Dasein gegenwärtig etwas anderes, als ein erbitterter Kleinkrieg zur Sicherung der elementarsten Bedingungen unseres Lebens?

Wer in dieser Situation sich auf den Boden der Gleichgültigkeit oder der politischen Neutralität stellt, oder gar per-

sönliche oder Gruppeninteressen verfolgt, verletzt eine Gewissenspflicht gegenüber seinem Volk. Es geht nicht an, eine abwartende Haltung einzunehmen, auf Nummer Sicher zu gehen, um an die Stelle des Gewissens eigene Interessen zu setzen. Jede Staatsbürgerin und jeder Staatsbürger muß zur Wahl eine klare Entscheidung fällen.

Die UNION ruft ihre Freunde und Anhänger, alle Männer und Frauen, sowie die Jugend auf, sich am Sonntag, den 7. Dezember 1947, erneut für die Union zu entscheiden:

für eine wahrhaft demokratische und fortschrittliche Politik,
für eine christliche Politik als stittliche Voraussetzung im Bereich der Gemeinde, des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, gegen Mißbrauch und Terror, gegen alle Vergewaltigung des Geistes und des Gewissens,
für Freiheit und Würde der menschlichen Persönlichkeit,
für die Erneuerung unseres ganzen öffentlichen Lebens im Geiste wahrer Humanität, gegen Unedelmütigkeit, Fanatismus und Gewissenszwang.

Die Krönung aller politischen Arbeit und die Freiheit unseres Volkes und Vaterlandes sein. Das Bekenntnis zu diesen Zielen und Grundsätzen legen wir ab durch die Stimmabgabe für die Christlich-Demokratische Union.

Landesvorstand der CDU.